

Dringliche Interpellation Gemperle-Goldach vom 6. Mai 2002
(Wortlaut anschliessend)

Sofortmassnahmen in der Lehrersituation im Kanton St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 7. Mai 2002

Mit einer dringlichen Interpellation erkundigt sich Felix Gemperle-Goldach am 6. Mai 2002, wie die Regierung die aktuelle Situation bei der Lehrstellenbesetzung in den Schulgemeinden einschätze, welche Massnahmen geplant seien, um eine Verschärfung der Situation zu vermeiden und wie der Mangel an heilpädagogischem Lehrpersonal auf Dauer behoben werden könne.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Lehrersituation in der Volksschule präsentiert sich im Kanton St.Gallen auch in diesem Jahr je nach Stufe uneinheitlich. Im Kindergarten ist nach wie vor ein erheblicher Überfluss an neu diplomierten Lehrpersonen zu verzeichnen. In der Primarschule wird die Zahl der neu diplomierten Lehrerinnen und Lehrer auch dieses Jahr die Zahl der zu besetzenden Stellen deutlich übersteigen. Im Bereich Handarbeit/Hauswirtschaft ist zu erwarten, dass sich Angebot und Nachfrage ungefähr die Waage halten werden.

Diese gesamthafte Beurteilung der Situation schliesst allerdings nicht aus, dass trotz eines zahlenmässig genügenden Angebots in einzelnen Schulgemeinden Schwierigkeiten bestehen, eine offene Stelle zu besetzen, sei es aus geografischen Gründen (z.B. ungünstige Verkehrslage) oder sei es wegen mangelnder Attraktivität des Arbeitsplatzes (z.B. Arbeitsklima, lokale Schulorganisation). Auf diese Zusammenhänge hat der Vorsteher des Erziehungsdepartementes an der Hauptversammlung der St.Galler Volksschulträger (SGV) am 4. Mai 2002 hingewiesen.

Im Gegensatz zu Kindergarten- und Primarschullehrkräften bestehen auf der Oberstufe, wie in den meisten Deutschschweizer Kantonen, Probleme bei der Besetzung freier Stellen. Diese sind in der Realschule und in Kleinklassen seit Jahren erheblich, auf der Sekundarstufe zeichnete sich ein Mangel auf das laufende Schuljahr 2001/02 ab. Zwar wurden alle Stellen besetzt, allerdings nicht überall mit stufengemäss ausgebildetem Lehrpersonal. Die Zahl der Lehrkräfte mit stufenfremdem Personal liegt auf der Realstufe bei rund einem Viertel, bei den Schulischen Heilpädagogen und -pädagoginnen gar bei annähernd einem Drittel. Immerhin verfügen fast alle dieser Lehrkräfte über eine pädagogische Ausbildung auf einer anderen Stufe. In der Sekundarschule verfügen 95 Prozent aller amtierenden Lehrerinnen und Lehrer über ein stufengemässes Diplom.

Zu den einzelnen Fragen nimmt die Regierung wie folgt Stellung:

1. Die Zuständigkeit für die Besetzung der Lehrstellen liegt bei den Schulgemeinden. Das Erziehungsdepartement erhält einen allgemeinen Überblick über die Situation der neu zu besetzenden Stellen durch die Ausschreibungen im Amtlichen Schulblatt. Darin sind aber auch die frei werdenden Stellen wegen Wechsels innerhalb des Kantons enthalten. Die Zahl der zur Bewerbung ausgeschriebenen Stellen ist daher höher als die Zahl der benötigten Lehrpersonen.

In der Annahme, dass sich die Zahl der erforderlichen Lehrpersonen auf das kommende Schuljahr im Rahmen früherer Jahre bewegt, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation gegenüber den Vorjahren nicht entscheidend verändern wird. Diese Annahme ist in der Primarschule um so mehr gerechtfertigt, als in diesem Sommer 53 Lehrkräfte mehr ihr Diplom erhalten als vor Jahresfrist. Der Grund dafür liegt darin, dass im letzten Jahr wegen der Verlängerung der Studiendauer keine Diplomierungen im Lehramtskurs erfolgt sind.

Auch für den Kindergarten werden wiederum mehr Diplomierungen vorgenommen, als Stellen zu besetzen sind. Die Zahl der Diplomandinnen am Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen-seminar liegt mit 40 ebenfalls über jener des Vorjahres, in welchem 29 Diplome abgegeben wurden.

Die Zahl der Diplomierungen auf der Oberstufe liegt sowohl bei den Sekundarlehrkräften als auch bei den Reallehrkräften deutlich höher als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Für die Realstufe sind es 37 gegenüber 25 im Vorjahr. Für die Sekundarstufe sind es 80 Diplomierungen gegenüber 50 im Vorjahr. In der berufsbegleitenden Ausbildung an der Hochschule für Heilpädagogik sind die Studienplätze für den Kanton St.Gallen von 15 auf 30 erhöht worden.

2. Mit kurzfristigen Massnahmen lässt sich die Situation bei der Besetzung von Lehrerstellen nicht entscheidend beeinflussen. Die Anstrengungen des Erziehungsrates richten sich daher in erster Linie darauf, Lehrpersonen mit stufenfremdem oder ausländischem Diplom durch ein gezieltes Kursangebot und eine begleitende Beratung bei ihrer Lehrtätigkeit wirkungsvoll zu unterstützen. Der Erziehungsrat hat am 20. März 2002 ein entsprechendes Konzept für obligatorische Einführungsveranstaltungen in das st.gallische Schulsystem erlassen.

3. Die Massnahmen zur kurzfristigen Unterstützung von Lehrkräften mit stufenfremden Diplomen dürfen nicht dazu führen, dass eine stufenbezogene Ausbildung nicht mehr erstrebenswert ist. Vielmehr sind im Rahmen der laufenden Lehrerbildungsreform Voraussetzungen zu schaffen, dass auf jeder Stufe genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und die Zugangsvoraussetzungen nicht prohibitiv wirken. Dazu wird beitragen, dass die Regierung den Weg in die Pädagogische Fachhochschule Rorschach über die Berufsmaturität und die Diplommittelschule geöffnet hat.

4. Der Kanton St.Gallen ist Mitträger der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Er hat sich in der laufenden Studienreform dafür eingesetzt, dass die Ausbildung mit modularem Aufbau, teilweise dezentralen Studienorten und der Möglichkeit des Fernstudiums in Teilbereichen für amtierende Lehrkräfte attraktiver wird. Mit der vor Jahresfrist eingeleiteten Verdoppelung der Studienplätze für St.Galler Anwärterinnen und -anwärter wird sich die Lage auch auf dieser Schulstufe mittelfristig entschärfen.

Alle Massnahmen zur Verbesserung der Situation bei der Besetzung von Lehrerstellen können nicht verhindern, dass sich der gesellschaftliche Wandel auf den Lehr- und Erziehungsauftrag der Schule erschwerend auswirkt. Damit sich auch in Zukunft genügend junge Leute für den Lehrerberuf entscheiden, sind Wege zu suchen, damit das Image dieses Berufsstandes gehoben werden kann. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat sich zum Ziel gesetzt, in Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden entsprechende Anstrengungen der Kantone zu unterstützen und gesamtschweizerisch zu koordinieren.

7. Mai 2002

Wortlaut der dringlichen Interpellation 51.02.28

Dringliche Interpellation Gemperle-Goldach: «Sofortmassnahmen in der Lehrerstellensituation im Kanton St.Gallen

Die Situation bei der Besetzung von Stellen in verschiedenen Bereichen der Volksschule ist in vielen Schulgemeinden prekär und wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Vor allem im heilpädagogischen Bereich, aber auch auf der Real- und Sekundarstufe ist die Situation teilweise alarmierend.

Die Aussagen des Vorstehers des Erziehungsdepartementes tönen ziemlich harmlos. Er spricht von <zahlenmässig eine gewisse Verengung> oder <wenn bei 6000 Lehrkräften zehn fehlen wird von einem grossen Lehrermangel gesprochen>. Die Realität für die Schulbehörden sieht wesentlich anders aus. Für die Milizbehörden wird der Auftrag, alle Stellen zu besetzen zu einem echten Hürdenlauf. Vielfach müssen Lehrkräfte mit einem stufenfremdem Diplom, teilweise sogar solche ohne pädagogische Ausbildung eingestellt werden.

Der Vorsteher des Erziehungsdepartementes hat an der Tagung des Verbandes der St.Gal-lischen Volksschulträger auch die Aussage gemacht, dass es zu wenig Bewerberinnen und Bewerber gibt, um den Bedarf bei den Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zu decken. Die Realität ist auch hier anders. Diverse Lehrkräfte, welche sich in diese Richtung weiterbilden möchten, finden keinen Studienplatz.

Ich teile die Ansicht des Vorstehers des Erziehungsdepartementes, dass dieses Problem nicht einfach gelöst werden kann. Zudem braucht jede wirkungsvolle Massnahme einen längeren Vorlauf. Trotzdem kann auch kurzfristig etwas verändert werden.

Ich stelle der Regierung im Zusammenhang mit der Lehrerstellensituation die folgenden Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die aktuelle Problematik bei der Besetzung von Lehrerstellen ein?
2. Welche kurzfristigen Massnahmen sind geplant, um die Situation zu entschärfen?
3. Welche Massnahmen sind geplant, um Lehrkräfte mit stufenfremdem Diplom bzw. ohne pädagogische Ausbildung zu unterstützen, in den Bereichen Weiterbildung oder Begleitung vor Ort?
4. Was wird unternommen, damit die Anwärterinnen und Anwärter für eine heilpädagogische Ausbildung auch wirklich einen Studienplatz erhalten bzw. ist die Regierung bereit, wie der Kanton Graubünden, nochmals zusätzliche Studienplätze einzukaufen?»

6. Mai 2002